

05.06.97

Antrag

des Landes Brandenburg

Entschließung des Bundesrates zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh­tätigkeit

MINISTERIUM DER JUSTIZ
UND FÜR
BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN
DES LANDES BRANDENBURG
DER MINISTER
VORSITZENDER DER EUROPAMINISTERKONFERENZ

Bonn, den 5. Juni 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Erwin Teufel

Sehr geehrter Herr Prsident,

die Landesregierung Brandenburg hat beschlossen, dem Bundesrat die in der Anlage beigefügte

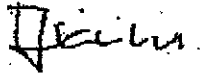
Entschließung des Bundesrates zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh­tätigkeit

zuzuleiten. Ich bitte Sie, die Entschließung auf die Tagesordnung der 713. Sitzung des Bundesrates am 06. Juni 1997 zu setzen und wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen. Wegen der

...

bevorstehenden Beschlußfassung im Rat handelt es sich um einen Eilfall im Sinne von § 23 Abs. 4 i.V.m. § 45 d Abs. 1 GO BR.

Mit freundlichen Grüßen



(Bräutigam)

A n l a g e

Entschließung des Bundesrates zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur **Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität**

Der Bundesrat beauftragt den Verhandlungsführer für die Bundesrepublik Deutschland im Rat zur "Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität", sich bei der abschließenden Ratsentscheidung der Stimme zu enthalten.

Begründung:

Seit dem 2. Juni 1997 liegt die konsolidierte Fassung des Richtlinienentwurfes vor. Sie war Gegenstand der Beratungen des Vermittlungsausschusses zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission. Die Ratsentscheidung zum Ergebnis des Vermittlungsverfahrens soll noch im Juni 1997 erfolgen.

Das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens stellt einen Kompromiß zwischen Europäischem Parlament und dem Rat dar, den die Bundesrepublik Deutschland nicht blockieren sollte. Mit einer Beschlußfassung der Richtlinie ist nicht präjudiziert, ob die Länder von der Ermächtigung Gebrauch machen, in einer nationalen Liste Sportveranstaltungen festzulegen, die ohne zusätzliches Entgelt empfangen werden können. Insoweit wird eine Lösung favorisiert, die auf eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Beteiligten gegründet wird.

Im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und EP wurden vom Parlament vorgeschlagene Änderungen gegen die Stimme des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland angenommen.

Mit der vorliegenden Beschlußfassung soll der Verhandlungsführer für die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt werden, sich bei der Schlußabstimmung im Rat der Stimme zu enthalten.

06.06.97**Beschluß**
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh­tigkeit

Der Bundesrat hat in seiner 713. Sitzung am 6. Juni 1997 die aus der Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh­tätigkeit

Der Bundesrat beauftragt den Verhandlungsführer für die Bundesrepublik Deutschland im Rat zur "Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh­tätigkeit", sich bei der abschließenden Ratsentscheidung der Stimme zu enthalten.

Begründung:

Seit dem 2. Juni 1997 liegt die konsolidierte Fassung des Richtlinienentwurfes vor. Sie war Gegenstand der Beratungen des Vermittlungsausschusses zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission. Die Ratsentscheidung zum Ergebnis des Vermittlungsverfahrens soll noch im Juni 1997 erfolgen.

Das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens stellt einen Kompromiß zwischen Europäischem Parlament und dem Rat dar, den die Bundesrepublik Deutschland nicht blockieren sollte. Mit einer Beschlußfassung der Richtlinie ist nicht präjudiziert, ob die Länder von der Ermächtigung Gebrauch machen, in einer nationalen Liste Sportveranstaltungen festzulegen, die ohne zusätzliches Entgelt empfangen werden können. Insoweit wird eine Lösung favorisiert, die auf eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Beteiligten gegründet wird.

Im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und EP wurden vom Parlament vorgeschlagene Änderungen gegen die Stimme des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland angenommen.

Mit der vorliegenden Beschlußfassung soll der Verhandlungsführer für die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt werden, sich bei der Schlußabstimmung im Rat der Stimme zu enthalten.